

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzung: Dienstag, 06.12.2022

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 19:14 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

bis 18:48 Uhr

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

bis 18:48 Uhr

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

ab 16:24 Uhr, Vertretung für: Frau Kathrin Karola Viergutz

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Vertretung für: Herrn Thorsten Köster

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

bis 18:48 Uhr

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten

Herr Mathias Möller - FDP

Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD

bis 19:11 Uhr

Frau Gunhild Salbert – Seniorenrat Braunschweig

ab 15:38 Uhr

Herr Stefan Wirtz - AfD

sachkundige Bürger

Herr Jan Höltje - CDU

Herr Uwe Mickler - Polizeiinspektion Braunschweig

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

ab 15:16 Uhr

Frau Susanne Schroth - B90/GRÜNE

bis 19:13 Uhr

Gäste

Herr Prof. Dr.-Ing. Karsten Kerres - FH Aachen
Herr Dr.-Ing. Richard Rohlfing - Ingenieurbüro PFI
Herr Georg Thielebein - GT-Umwelttechnik
Herr Jörg Reincke - Braunschweiger Verkehrs-GmbH

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III
Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII
Herr Dirk Franke - RefL 0650
Herr Stephan Kühl - FBL 60
Frau Bianca Winter - RefL 0600
Herr Burkhard Wiegel - FBL 66
Frau Amrit Bruns - StL 66.24
Frau Claudia Fricke - AbtL 66.1
Frau Katja Sellmann - stv. RefL 0600
Herr René Strahl - FB 66
Herr Timo Weichsler - RefL 0660
Frau Marion Lenz - Gleichstellungsbeauftragte

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Matthias Disterheft - SPD	entschuldigt
Frau Kathrin Karola Viergutz - B90/GRÜNE	entschuldigt
Herr Thorsten Köster - CDU	entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Oskar Schwarz - CDU	entschuldigt
Herr Shivam-Ortwin Tokhi - SPD	entschuldigt
Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig	entschuldigt

Verwaltung

Herr Wilhelm Eckermann - Verwaltung	entschuldigt
-------------------------------------	--------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.09.2022 (öffentlicher Teil)

3	Mitteilungen	
3.1	Ergebnisse des Vertragserfüllungsgutachtens zum Abwasserentsorgungsvertrag	22-19948
3.2	Information zum Sachstand Verkehrsmodell Braunschweig (mündlicher Bericht)	
3.3	Informationen zur bevorstehenden Haushaltsbefragung (SrV-Erhebung) 2023	22-20134
3.4	Mobilitätsentwicklungsplan - Sachstand Strategische Hauptnetze	22-20048
3.5	22-20165 Statusbericht Radwegewinterdienst 2022/2023	
4	Qualitätsstandard für Fahrradstraßen und -zonen in Braunschweig	22-19984
5	Planung der Barrierefreiheit der Gehwegunterführung in Braunschweig-Leiferde im Zuge der Reaktivierung des Eisenbahnhaltespunktes	22-19288
5.1	Planung der Barrierefreiheit der Gehwegunterführung in Braunschweig-Leiferde im Zuge der Reaktivierung des Eisenbahnhaltespunktes Änderungsantrag zur Vorlage 22-19288	22-19288-01
6	Fahrzeug- und Infrastrukturkonzept für den Einsatz von 2,65 m breiten Fahrzeugen auf 1.100 mm Spurweite	22-19804
7	Planung und Ausbau der Straße Alter Weg und der Leiferdestraße	21-16752-03
7.1	Planung und Ausbau der Straße Alter Weg und der Leiferdestraße Änderungsantrag zur Vorlage 21-16752-03	16752-03-01
8	Sechste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung)	22-19183
8.1	Sechste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung)	22-19183-01
9	Ideenplattform - "Pfand gehört daneben!"	22-20080
10	Anfragen	
10.1	Bahnübergang Grünewaldstraße - Untersuchung der Varianten	22-20126
10.1.1	Bahnübergang Grünewaldstraße - Untersuchung der Varianten	22-20126-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie informiert, dass Ratsherr Köster durch Ratsherr Bratschke und Ratsfrau Viergutz durch Ratsfrau Jalyschko vertreten wird. Ratsherr Disterheft und Herr Demirbas fehlen entschuldigt.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth weist darauf hin, dass die Mitteilung 22-19948 sowie die Vorlage 22-20080 nach Versand der Einladung übermittelt wurden. Darüber hinaus wurde die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um die Auftragsvergaben unter den Tagesordnungspunkten 14.3 bis 14.9 ergänzt.

Sie regt an, die Vorlage 22-19804 unter TOP 6 aufgrund der Anwesenheit von Herrn Reincke unmittelbar im Anschluss an TOP 3.1 zu behandeln. Weiter soll die Vorlage 22-19288 mit dem Änderungsantrag 22-19288-01 (TOP 5) aufgrund der zeitweiligen Teilnahme von Verwaltungsvertreterinnen und Verwaltungsvertretern vor Vorlage 22-19984 (TOP 4) behandelt werden.

Ausschussvorsitzende Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 9 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.09.2022 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 8 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

3. Mitteilungen

3.1. Ergebnisse des Vertragserfüllungsgutachtens zum Abwasserentsorgungsvertrag 22-19948

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage ein und kündigt die Detailvorstellung des Gutachtens anhand einer Präsentation durch die beauftragten Gutachter an. Im Ergebnis hat die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) den Abwasserentsorgungsvertrag gemäß den Zielsetzungen erfüllt.

Der Gutachter Herr Thielebein erläutert den Prüfungsumfang zum „Spartengutachten Klärwerk“ und stellt die wesentlichen Inhalte des Gutachtens vor. Er hebt positiv hervor, dass das Klärwerk mehr Strom regenerativ eigenerzeugt als verbraucht. Das Klärwerk ist damit für Blackouts oder Stromausfälle gut vorbereitet.

Der Gutachter kommt zu dem Ergebnis, dass der Abwasserentsorgungsvertrag für den gesamten Betrachtungszeitraum von 2013 bis zur Mitte des Jahres 2021 als erfüllt anzusehen ist. Der Technischen Betriebsführung der SE|BS für das Klärwerk, das Rieselfeld und die Deponiesickerwasserbehandlungsanlage wird ein einwandfreies Vorgehen bestätigt.

Auf Nachfrage von Ratsherr Wirtz teilt Herr Thielebein mit, dass sich die Zahl der Einwoh-

nerwerte zusammensetzt aus der Belastung der Bürger und der Belastung aus Industrie und Gewerbe. Die bestehende Belastung ist Teil der Zukunftsstrategien, an denen intensiv gearbeitet wird.

Auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke teilt Stadtbaurat Leuer mit, dass der Abwasserverband Braunschweig (AVB) an einem Konzept im Kontext der Erweiterung des Klärwerks 2030 ff. arbeitet, über das die politischen Gremien im ersten Halbjahr 2023 informiert werden.

Ratsfrau Mundlos bittet die Verwaltung um Zusendung der Quelle für die Quecksilberwerte. Stadtbaurat Leuer sagt eine Mitteilung zu, sobald die Informationen vorliegen.

Stadtbaurat Leuer sagt zu, die Hinweise von Bürgermitglied Dr. Wendeburg zu Auswirkungen der Grenzwertüberschreitungen auf die erforderlichen Investitionen zur Qualitätssicherung in der angekündigten Vorlage zu berücksichtigen und nachvollziehbar darzustellen.

Auf Nachfrage von Ratsherr Pohler teilt Stadtbaurat Leuer mit, dass das Bauprogramm für das Kanalnetz als auch die Investitionen beim Klärwerk in enger Abstimmung mit der SE|BS erfolgten. Die Maßnahmen und Investitionen entsprechen deshalb vollumfänglich den Vorstellungen der Stadt.

Der Gutachter Herr Prof. Dr.-Ing. Kerres stellt die wesentlichen Inhalte des „Vertragserfüllungsgutachtens Kanal 2021“ vor. Im Ergebnis ist das Kanalnetz so betrieben worden, wie es im öffentlichen Interesse liegt. Der sichere Betrieb war jederzeit gewährleistet. Das Kanalnetz befindet sich im Vergleich zu anderen Städten in einem guten Zustand. Die getätigten Investitionen wurden sinnvoll und fachgerecht ausgeführt. Bezüglich der (formalen) Kennwerte lagen gegenüber den Kenntnissen bei Vertragsbeginn Informationen vor, die eine Modernisierung an den aktuellen Stand des Wissens sinnvoll erscheinen ließen. Diese sind über die Ergänzungs- und Klarstellungsvereinbarung sachgerecht Vertragsgegenstand geworden. Nachholeffekte aus der niedrigen Sanierungsrate waren und sind aufgrund der Altersstruktur nicht zu erwarten und sind während der Vertragslaufzeit auch nicht erforderlich. Die Erhöhung des Investitionsbudgets auf 24 Mio. Euro erlaubt einen weitgehenden und angemessenen Substanzerhalt der Pumpwerke, Druckleitungen und Freigefällekanäle.

Stadtbaurat Leuer verweist auf Nachfrage zur Unterschreitung der Sanierungsrate im letzten Vertragserfüllungsgutachten auf die Klarstellungsvereinbarung aus dem Jahr 2020, mit der dieser Thematik durch die beschlossene Erhöhung des Planbudgets bereits begegnet wurde.

Auf kritische Nachfrage von Ratsherr Tegethoff erläutert Herr Leuer, dass die Sanierungsrate jedes Jahr vorliegt und bewertet wird. Sanierungsrate und Substanzwert müssen kontinuierlich bewertet werden. Dabei misst er dem Substanzwert und der Schadensklassenverteilung eine größere Bedeutung als der Sanierungsrate bei.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche verlässt um 15:41 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Kühn regt an, alle drei bis fünf Jahre die Höhe des Planbudgets zu überprüfen mit der Konsequenz, ggf. eine Erhöhung vorzuschlagen.

Herr Leuer begrüßt den Vorschlag von Ratsherr Kühn, den die Verwaltung aufnehmen will. Abschließend weist er darauf hin, dass es zurzeit mit Blick auf die Lage der Bauwirtschaft und des Preisniveaus nicht einfach ist, die erforderlichen Investitionen auch tatsächlich zu tätigen.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche nimmt ab 15:46 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler verlässt um 15:48 Uhr die Sitzung.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6. Fahrzeug- und Infrastrukturkonzept für den Einsatz von 2,65 m breiten Fahrzeugen auf 1.100 mm Spurweite

22-19804

Herr Leuer führt in die Thematik ein, das Stadtbahnsystem langfristig für eine 2,65 m Wagenkastenbreite ohne größere Umbaumaßnahmen und wirtschaftlich darstellbar zu ertüchtigen.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler nimmt ab 15:51 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Herr Reincke skizziert die wesentlichen Inhalte des Fahrzeug- und Infrastrukturkonzepts. Ziel dieses Konzepts ist es, das gesamte Stadtbahnnetz langfristig mit 2,65 m breiten Fahrzeugen zu betreiben. Hierbei sollen die vorhandene Spurweite von 1100 mm beibehalten und die Wagenkästen der Fahrzeuge „tailliert“ geformt werden, d. h. mit einer Breite von 2,65 m in Sitzhöhe und einer Breite von 2,3 m in Fußboden- bzw. Dachhöhe. Dieses erlaubt, neben komfortablen Sitzplatzanordnungen mit bequemen Durchgangsbreiten, einen Mischbetrieb mit den vorhandenen 2,3 m breiten Fahrzeugen im Stadtbahnnetz unter Beibehaltung der bestehenden Bahnsteigkanten sowie die Nutzung der vorhandenen Dacharbeitsstände im Stadtbahnbetriebshof.

Es wird im Rahmen dieses Konzepts vorgeschlagen, die nächste Fahrzeuggeneration von 12 Fahrzeugen ab 2030 mit 2,65 m Fahrzeugbreite zu beschaffen, um die Niederflurwagen von 1995 zu ersetzen; zuzüglich einer Option auf bis zu sieben weitere Fahrzeuge für die geplanten „Stadt.Bahn.Plus“-Neubaustrecken. Ein Ersatz der folgenden Fahrzeuggenerationen wäre dann für die Jahre 2037 und 2044 avisiert. Der Einsatz der 2,65 m breiten Fahrzeuge soll ab 2030 auf der am stärksten frequentierten Relation der Linien 1 / 10 / 2 (Wenden / Rühme / Siegfriedviertel bis Stöckheim/Heidelberg) erfolgen (Linienpaket 1) und den Einsatz von bis zu 18 2,65 m-Fahrzeugen ermöglichen.

Die erforderlichen Umbaumaßnahmen bedürfen keines Planfeststellungsverfahrens. Auch die Brücken wurden überprüft. Es muss lediglich eine Brücke (Rote Wiese) ertüchtigt werden. Auf Nachfrage teilt Herr Reincke mit, dass auch die Sachsendammbücke keiner Ertüchtigung bedarf.

Die ermittelten Bau- und Planungskosten für das Linienpaket eins von insgesamt drei Linienpaketen sollen die Grundlage für die Ratsentscheidung sowie die anstehenden Abstimmungen mit der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG) bilden und werden aktuell auf ca. 8,97 Mio. Euro sowie ca. 0,11 Mio. Euro für die Verstärkung einer Stadtbahnbrücke geschätzt, beinhalten (entsprechend dem noch geringeren Detaillierungsgrad der Planung) einen Risikopuffer und erstrecken sich auf den Zeitraum von 2025 bis 2030. Eine unerlässliche Bedingung für die Umsetzung dieses Konzepts ist eine vollständige Zuwendungsfähigkeit.

Auf Nachfrage von Ratsherr Möller erläutert Herr Reincke, dass alle auf 2,65 m umgebauten Streckenabschnitte mit den 2,3 m breiten Bestandfahrzeugen ohne Einschränkungen befahrbar sind. Die Problematik auf dem Streckenabschnitt Gliesmaroder Straße ist der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) bewusst.

Bürgermitglied Schroth spricht die Optimierung der Fahrradmitnahmemöglichkeit im ÖPNV an und bietet seitens des ADFC eine beratende Unterstützung an, die von Herr Reincke angenommen wird

Auf Nachfrage von Ratsfrau Arning teilt Herr Reincke mit, dass nach heutiger Kenntnis der Kapazitätsgewinn bei 15 bis 20 % liegen kann. Die genaue Höhe hängt von der Fahrzeugkonstruktion ab und kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht belastbar genannt werden.

Ratsherr Dr. Plinke plädiert, der Vorlage zuzustimmen, um Planungssicherheit für die BSVG zu erreichen. Herr Reincke bestätigt auf seine Nachfrage, dass nach Umsetzung des ersten Linienpakets mit 2,65 m breiten Wagen derselbe Fuhrpark dieser Linie nicht auf die anderen

Linienpakete getauscht werden kann. Er bestätigt darüber hinaus, dass die Achslast sich nur unwesentlich erhöht und unproblematisch ist.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke verlässt um 16:10 Uhr die Sitzung.

Auf Nachfrage von Ratsherr Wirtz teilt Herr Reincke mit, dass die 1.100 mm Spurbreite geeignet ist und keine Beeinträchtigungen im Betriebsablauf oder der Geschwindigkeit verursachen wird.

Ratsherr Pohler signalisiert die Zustimmung zu der Vorlage seitens der CDU-Fraktion. Hinsichtlich der erforderlichen Verbreiterung der Trassen erläutert Herr Reincke auf seine Nachfrage, dass im Bestandsnetz die Braunschweiger Gleise weiter auseinanderliegen als sie müssten, so dass die Gleise nach innen verrückt werden können und damit der Platzbedarf sinkt.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke nimmt ab 16:13 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Kühn thematisiert die Aussagen in der Vorlage zur Aufrechterhaltung der Betriebsfähigkeit der alten Stadtbahnfahrzeuge und das darin beschriebene zeitliche und finanzielle Szenario bei potenzieller Ersatzbeschaffung. Um dieses Szenario zu vermeiden, plädiert er für eine Beschleunigung des Linienpaktes 1 gegenüber der jetzt vorliegenden Planung. Herr Reincke erläutert, dass weder die Ressourcen noch der Stand der Planung eine Beschleunigung des Projekts zulassen.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn teilt Herr Reincke mit, dass hinsichtlich der Zuwendungsfähigkeit erste Gespräche mit der LNVG geführt wurden und signalisiert wurde, das Projekt in die Förderung bringen zu wollen. Darüber hinaus wird eine Bundesförderung geprüft.

Protokollnotiz: Ratsfrau Jalyschko nimmt ab 16:24 Uhr an der Sitzung teil.

Ratsherr Kühn ist bezüglich der Erhöhung der Platzkapazitäten skeptisch. Er thematisiert weiterhin den bei der größeren Fahrzeugbreite von der BSVG ausgemachten Nachteil größerer Umbaumaßnahmen auf freier Strecke (S. 8 des Infrastrukturkonzeptes). Er fragt, ob bei den erforderlichen Umbaumaßnahmen auch die 1435 mm Spurbreite noch eine Rolle spielt oder gänzlich außer Acht gelassen wird. Aus Sicht von Herrn Reincke spielt diese keine Rolle mehr.

Ratsherr Kühn kommentiert die Aussage in Kapitel 2 (S. 9), wonach eine Verdichtung des Angebotstakts aus wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen wird. Diese Entscheidung hält er aus Klimaschutzgründen für mangelhaft. Herr Reincke erläutert die Aussage des Gutachters, der eine Taktverdichtung mit einer möglichen Kapazitätserweiterung verglichen und daraus eine Ableitung getroffen hat. Eine Taktverdichtung in Braunschweig ist grundsätzlich immer möglich.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn teilt Herr Reincke mit, dass ihm keine verlorenen Investitionen oder die potenzielle Rückzahlung von Fördermitteln bekannt sind.

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Höltje zum Bedarf des Fahrradtransports teilt Herr Reincke mit, dass der Transport einer gewissen Anzahl an Fahrrädern in Straßenbahnen berücksichtigt werden sollte.

Protokollnotiz: Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth unterbricht die Sitzung im Anschluss an die Abstimmung von 16:32 Uhr bis 16:40 Uhr für eine Pause.

Beschluss:

„Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung zu veranlassen, in der Gesellschafterversammlung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Fahrzeug- und Infrastrukturkonzept für den Ausbau der Stadtbahn Braunschweig für den Einsatz 2,65 m breiter Fahrzeuge gem. Anlage wird beschlossen. Das gesamte Stadtbahnnetz soll langfristig mit 2,65 m breiten Fahrzeugen betrieben werden.
2. Die BSVG wird beauftragt, Fördermittel für die Umsetzung des 1. Linienpaketes zu beantragen. Die jeweiligen Streckenabschnitte werden nach individueller Antragsreife beantragt.
3. Vorbehaltlich einer Mitfinanzierung durch Bund oder Land und der Bereitstellung der Eigenmittel durch die BSVG wird die bauliche Umsetzung der Infrastrukturmaßnahmen an den Anlagen der BSVG für das 1. Linienpaket beschlossen."

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

- | | | |
|------|--|--------------------|
| 5. | Planung der Barrierefreiheit der Gehwegunterführung in Braunschweig-Leiferde im Zuge der Reaktivierung des Eisenbahnhaltepunktes | 22-19288 |
| 5.1. | Planung der Barrierefreiheit der Gehwegunterführung in Braunschweig-Leiferde im Zuge der Reaktivierung des Eisenbahnhaltepunktes
Änderungsantrag zur Vorlage 22-19288 | 22-19288-01 |

Herr Wiegel führt in die Vorlage ein.

Die Deutsche Bahn (DB) plant die Reaktivierung des Haltepunkts in Leiferde südlich der heutigen Unterführung. Herr Wiegel skizziert die heutige Situation und die nicht barrierefreie Zuwegung. Die Überlegungen der Verwaltung für die Treppenanlage wurden mit dem Behindertenbeirat im Vorfeld abgestimmt. Zur Herstellung einer barrierefreien Stadtteilverbindung für den Fußverkehr und zur barrierefreien Erreichbarkeit des Haltepunktes wird im Zuge der Planung des Haltepunktes der Neubau von barrierefreien Zugängen sowohl auf der Ost- als auch auf der Westseite der Gleise sowie eine Aufwertung des Weges zwischen den Eisenbahnbrücken unter Berücksichtigung der aktuell gültigen Richtlinien geplant. Die Eisenbahnbrücken bleiben aufgrund der langen Restnutzungsdauer und der hohen Kosten für den Neubau der Brücken im Bestand bestehen und stellen kurze Engstellen dar.

Die Gleichstellungsbeauftragte Frau Lenz betont die Bedeutung der Verkehrsknotenpunkte. Sie hebt den Sicherheitsaspekt und die schwierige Lage des Bahnhofs hervor und plädiert, neben einer guten Beleuchtung weitere unterstützende Maßnahmen wie verspiegelte Wände zu ergreifen, die dem Sicherheitsaspekt insbesondere in unübersichtlichen Ecken Rechnung tragen können.

Ratsfrau Kluth bringt den Änderungsantrag 22-19288-01 ein, der den Beschlusstext der Verwaltungsvorlage ergänzen soll und betont die Wichtigkeit des Projektes als Beitrag für ein Mobilitätsangebot für alle Bürgerinnen und Bürger im Sinne der Mobilitätswende.

Ratsherr Wirtz sieht die Schaffung dieses Haltepunkts kritisch und stellt die erwartete künftige Frequentierung in Frage.

Bürgermitglied Dr. Wendeburg begrüßt die verkehrliche Anbindung ebenso wie die Ergänzung des Änderungsantrages und gibt inhaltliche Hinweise zur Überprüfung der bisherigen Planung und potenzieller Varianten.

Herr Wiegel erläutert zu den Sperrzeiten für den Brückenbau, dass unterschiedliche Bauverfahren grundsätzlich technisch möglich sind, aber erhebliche Kosten verursachen würden und informiert, dass die DB für den Zugang zu den Mittelbahnsteigen sowohl Treppen als auch Aufzüge vorsieht.

Ratsherr Dr. Plinke weist darauf hin, dass der Entscheidung für den Haltepunkt eine Evaluation vorausgeht und seitens der DB nicht willkürlich entschieden wird. Er bittet die Verwal-

tung, sich intensiv um Fördermittel zu bemühen und konkret in die Planung zu gehen. Er bittet darüber hinaus um eine frühzeitige Abstimmung und integrierte Planung zwischen Verwaltung und DB.

Ratsherr Pohler bittet um Erläuterung der Abweichungen des Änderungsantrags von der Verwaltungsvorlage.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth verweist bei der vorliegenden Zeichnung auf die Problematik der fehlenden Einsehbarkeit und des geringen Lichteinfalls. Der Überlegung, durch Licht und Weite einer Unsicherheit der Nutzerinnen und Nutzer zu begegnen und Überblick und Wohlbefinden zu schaffen, wird in der vorliegenden Zeichnung aus ihrer Sicht nicht ausreichend Rechnung getragen. Integrale Bestandteile der Planung sollen deshalb eine ansprechende Gestaltung mit guter Beleuchtung, gute Einsehbarkeit und Aufweitung sowie die Ausfallsicherheit der technischen Infrastruktur (Aufzüge) zur Überwindung des Höhenunterschieds mittels Rampen sein. Sie betont die Notwendigkeit einer integralen Zielplanung, die sowohl die kurzfristigen als auch die mittelfristigen und langfristigen Maßnahmen bereits jetzt bei der Planung berücksichtigt.

Stadtbaurat Leuer betont, dass die Verwaltung die soziale Sicherheit mit Maßnahmen zu Beleuchtung, Farben, Konstruktion in ihren bisherigen Planungen bereits mitgedacht und berücksichtigt hat. Auch die Thematik der Rampen wird in der Verwaltung mitgedacht. Den Gremien wird wie auch im Änderungsantrag 22-19288-01 vorgesehen, eine entsprechende Vorlage unterbreitet.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über den Änderungsantrag 22-19288-01 abstimmen.

Beschluss zu Änderungsantrag 22-19288-01:

Der Beschluss wird um die folgenden Punkte ergänzt:

Bei den weiteren Planungen sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Es werden Varianten mit den Zielen barrierefreie Anbindung der Bahnsteige und Unterquerung der Gleise für Gehandicapte, zu Fußgehende und Radfahrende als ausfallsichere Erschließung mit Rampen erarbeitet. Eine Potentialanalyse für die ausreichende Dimensionierung der Erschließung wird durchgeführt.
2. Integrale Bestandteile der Planung sind dabei eine ansprechende Gestaltung mit guter Beleuchtung, gute Einsehbarkeit und Aufweitung (soziale Sicherheit).
3. Die Varianten werden den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.
4. Zur Finanzierung der Planungsleistungen werden Fördermöglichkeiten geprüft und ausgeschöpft. Es soll z.B. geprüft werden, ob ein Förderantrag zum Programm ÖPNV-Zugangsstellen und deren Umfeld beim Regionalverband Braunschweig gestellt werden kann, mit dem bis zu 95% der Planungskosten gefördert werden könnten.
5. Es wird geprüft, mit welchen Maßnahmen das Umfeld aufgewertet werden kann. Für die Realisierung zur Umfeldaufwertung sollen ebenfalls Fördermöglichkeiten geprüft und beantragt werden.

Abstimmungsergebnis zu Änderungsantrag 22-19288-01:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Vorlage 22-19288:

„Die Planung der Barrierefreiheit des öffentlichen Weges am zukünftigen Haltepunkt Braunschweig-Leiferde mit barrierefreien Zugängen und einen barrierefreien Weg zwischen den Eisenbahnbrücken wird von der Stadt weiterverfolgt.“

Ergebnis zu Vorlage 22-19288

Beschlossen in der Fassung des Änderungsantrag 22-19288-01

3.2. Information zum Sachstand Verkehrsmodell Braunschweig (mündlicher Bericht)

Herr Strahl betont die Komplexität eines Verkehrsmodells und stellt dieses anhand einer Präsentation vor.

Protokollnotiz: Die Verwaltung hat die Präsentation dem TOP im Nachgang der Sitzung protokollarisch angefügt.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke verlässt um 17:09 Uhr die Sitzung.

Das Verkehrsmodell ist ein vereinfachtes Abbild eines realen Verkehrssystems. Herr Strahl betont, dass ein Modell nur Zustände rekonstruieren und quantifizieren kann, wofür empirische und statistische Daten vorliegen. Das Verkehrsmodell für Braunschweig ist ein sogenanntes makroskopisches Modell. Aufgrund der starken und sich überschneidenden Verkehrsverflechtungen im regionalen Raum besteht seitens der Verwaltung eine Kooperationsvereinbarung mit dem Regionalverband (RVB) und der Stadt Wolfsburg. Das Verkehrsmodell des RVB ist den beiden städtischen Modellen übergeordnet. Herr Strahl gibt eine Übersicht über die Datengrundlagen und erläutert anhand eines Schaubildes die Funktionen und Möglichkeiten eines Verkehrsmodells.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke nimmt ab 17:11 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko erläutert Stadtbaurat Leuer die Entscheidung für ein makroskopisches Verkehrsmodell. Wenn ein Verkehrsmodell für eine Stadt mit 250.000 Einwohnern insgesamt erstellt wird, würde es die Verwaltung auch datentechnisch überfordern, um dies mikroskopisch abzubilden. Die Verwaltung wird aber auf die makroskopische Betrachtung unter Umständen im Anschluss auch an den Mobilitätsentwicklungsplan (MEP) in Teilbereichen mikroskopische Betrachtungen legen, um bei Problemlagen weitere Details abbilden zu können.

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Schroth teilt Stadtbaurat Leuer zu den Personalressourcen mit, dass das Verkehrsmodell von Herrn Strahl bearbeitet und verwaltet wird. Bei ergänzenden Untersuchungen oder erforderlichen Berechnungen werden ggf. externe Ingenieurbüros hinzugezogen.

Ratsherr Wirtz hinterfragt die fehlenden Fahrradabstellanlagen und wie der Radverkehr gemessen bzw. modelliert wird, wenn große Abstellanlagen nicht betrachtet werden.

Herr Strahl erläutert die Schwierigkeit bei der Unterscheidung des objektiven und des subjektiven Verhaltens. Mittlerweile gibt es auch methodische Ansätze für den Verkehrsmodell Radverkehr. Zugrunde gelegt wird in erster Linie der Aufwand, der betrieben werden muss, um von A nach B zu gelangen. Es geht weniger um die Frage, ob am Zielort eine Fahrradabstellanlage vorhanden ist. Die Modellierung von Fahrradabstellanlagen ist methodisch extrem kompliziert. Es gibt derzeit deutschlandweit kein Modell, das das Fahrradparken abbildet.

Auf Nachfrage von Ratsherr Wirtz bestätigt Herr Strahl, dass die Parkproblematik nicht nur für den Radverkehr, sondern auch für den Kfz-Verkehr gilt.

Auf Nachfrage von Ratsherr Kühn teilt Herr Strahl mit, dass das Verkehrsmodell sich derzeit in der Feinkalibrierung befindet. Eine Vorabversion, mit der bereits gearbeitet wird, liegt vor. Im Laufe des nächsten Jahres wird das Verkehrsmodell endgültig fertiggestellt.

Auf ergänzende Nachfrage von Ratsfrau Jalyschko erläutert Stadtbaurat Leuer, dass sich die Datengrundlagen bei der mikroskopischen bzw. makroskopischen Simulation deutlich unterscheiden und macht dies am Beispiel der erfolgten mikroskopischen Simulation beim Hagenmarkt deutlich.

Über die makroskopische Simulation besteht ein Überblick über das Gesamtnetz. Sollte sich bei besonders schwierigen und sensiblen Einzelbereichen beispielsweise im Kontext MEP herausstellen, dass die makroskopische Betrachtung nicht ausreicht, wird eine mikroskopische Betrachtung erfolgen, um genauere Informationen zu erhalten.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth regt an, die Vorlagen 22-19984 (TOP 4) und 21-16752-03 (TOP 7) bereits vorgezogen im Anschluss an diese Mitteilung zu beraten, da einzelne Ausschussmitglieder die Sitzung frühzeitig verlassen müssen. Es besteht Einvernehmen, so zu verfahren.

4. Qualitätsstandard für Fahrradstraßen und -zonen in Braunschweig

22-19984

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage ein. Bei dem von der Verwaltung erarbeiteten Konzept stehen insbesondere die erforderlichen Breiten, die Verdeutlichung und die Frage der Verkehre, die hier zugelassen werden sollen, im Fokus. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung ungeachtet der eindeutigen Regelungen im Konzept gehalten ist, in Straßen und Verkehrsräumen auch stadtplanerisch eine Gesamtbetrachtung der Situation vorzunehmen und im Einzelfall mit Abweichungen auf die Situation angemessen reagieren muss.

Frau Dr. Bruns stellt das Konzept anhand einer Präsentation vor.

Protokollnotiz: Die Verwaltung hat die Präsentation dem TOP im Nachgang der Sitzung protokollarisch angefügt.

Grundlage ist Nr. 6.1 des Ziel- und Maßnahmenkatalogs „Standard für Fahrradstraßen“. Die Verwaltung hat sich an den derzeit geltenden Regelwerken und Vorschriften sowie an aktuellen, wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert. Frau Dr. Bruns weist darauf hin, dass der vorgestellte Standard bereits die Inhalte der neuen „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen“ (ERA) berücksichtigt, die voraussichtlich im Jahr 2024 veröffentlicht wird.

Zur Abwicklung des Begegnungsfalles Radverkehr - Kfz-Verkehr ist stets eine Fahrbahnbreite von mindestens 4 m erforderlich. Durch Markierungen und Piktogramme auf der Fahrbahn wird die Funktion der Straße für alle Nutzerinnen und Nutzer deutlich hervorgehoben, sodass deren Akzeptanz und Verständnis für die Regelungen auf Fahrradstraßen gefördert werden.

Um sogenannte Dooring-Unfälle zu vermeiden, sind ausreichend breite Sicherheitstrennstreifen zu Kfz-Parkflächen elementarer Bestandteil des Qualitätsstandards. Diese werden zunächst markiert. Bei ohnehin anstehenden Baumaßnahmen soll zugunsten von baulichen Lösungen möglichst auf Markierungen verzichtet werden.

Ein externes Ingenieurbüro wird die Umsetzung des neuen Standards im Bestand der Fahrradstraßen und der -zonen überprüfen. Es werden Maßnahmenpakete mit Umsetzungsvorschlägen erarbeitet sowie auf Basis der Maßnahmenpakete, sofern erforderlich, konkrete Umbauplanungen entwickelt und die Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Die konkreten Planungen zur Umsetzung werden im Anschluss jeweils eigenständig zur Beschlussfassung vorgelegt.

Frau Dr. Bruns veranschaulicht den Standard anhand von Anwendungsbeispielen.

Ratsherr Pohler stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, die Vorlage gem. § 58 Abs. 3 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) an VA und Rat zu verweisen und begründet dies mit der inhaltlichen Tragweite für die gesamte Stadt.

Ratsherr Kühn kann diese Begründung nicht nachvollziehen und spricht sich für die Behandlung der Vorlage und Entscheidung durch diesen Fachausschuss aus.

Die Ausschussvorsitzende lässt vor der weiteren Beratung der Vorlage über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Nach mehrheitlicher Ablehnung des Antrags lässt die Ausschussvorsitzende die Aussprache fortsetzen.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Arning teilt Frau Dr. Bruns mit, dass eine Vorstellung der ersten Ergebnisse und ggf. bereits auch erster Maßnahmenpakete in der zweiten Jahreshälfte realistisch ist.

Ratsherr Wirtz fragt nach polizeilichen Erkenntnissen zur Anzahl der „Dooring-Unfälle“ insgesamt sowie unter Beteiligung von Fahrrädern. Darüber hinaus hinterfragt Ratsherr Wirtz die Vereinbarkeit der Verwendung der Piktogramme mit der Straßenverkehrsordnung.

Auch wenn generell nicht alle „Dooring-Unfälle“ vermieden werden können, spricht sich Stadtbaurat Leuer dafür aus, mit entsprechenden Maßnahmen insbesondere gefährlichen Situationen, die häufig vorkommen und oftmals schwere Folgen haben, z. B. Abbiegeunfälle oder das Vorbeifahren an parkenden Fahrzeugen, im Rahmen der Möglichkeiten zu begegnen.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Mundlos erläutert Stadtbaurat Leuer, dass sich ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Kfz- und Fahrradstellplätzen nicht numerisch beurteilen lässt, weil jeder Stadtteil anders ist. Das Ziel, die Bedarfe abzudecken, lässt sich beim Radverkehr einfacher umsetzen als beim KfZ-Verkehr. Hier müssen die Straßenräume im Einzelnen betrachtet werden

Auf Nachfrage teilt Frau Dr. Bruns mit, dass neben der Bürgerbeteiligung auch die Stadtbezirksräte beteiligt werden. Die Anzahl der wegfallenden Parkplätze kann erst nach entsprechender Prüfung konkretisiert werden.

Ratsherr Möller kritisiert die „Salami-Taktik“ beim Umgang mit Parkraum und fehlende Aussagen zu den Auswirkungen der vorgestellten Qualitätsstandards auf den Parkraum. Darüber hinaus kritisiert er das Schutzbedürfnis von Radfahrenden, bei denen er als Verkehrsteilnehmende ein vorausschauendes Verhalten im eigenen Interesse voraussetzt. Er prognostiziert mit dem Aufbringen von sogenannten Trennstreifen ein höheres Konflikt- und Aggressionspotenzial bei Rad- sowie Kfz-fahrenden.

Ratsherr Dr. Plinke stellt heraus, dass die Ausweisung von Fahrradstraßen für ihn ein gutes Instrument ist, um Wohnstraßen für Durchgangsverkehre einerseits unattraktiver werden zu lassen und andererseits dadurch die Wohnstraßen aufzuwerten.

Ratsherr Tegethoff begrüßt die Vorlage mit Blick auf die Planungssicherheit für die Verwaltung als auch für eine klare Kommunikation im Kontext der Umsetzungsmöglichkeiten. Er betont die Bedeutung einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke verlässt um 18:12 Uhr die Sitzung.

Herr Stadtbaurat Leuer verweist auf eine Studie des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (www.udv.de). Die Verwaltung wird die Studie analysieren und bewerten.

Protokollnotiz: Ratsherr Dr. Plinke nimmt ab 18:14 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Er betont den Willen der Verwaltung, den Radverkehr zu fördern und Fahrradstraßen sicherer und komfortabler zu gestalten. Stadtbaurat Leuer weist ausdrücklich darauf hin, dass für die Stadtplanung gerade auch bei dieser schwierigen Thematik das Gebot der Abwägung zu gelten habe. So sei auch mit der Thematik „Durchgangsverkehre“ umzugehen. Auch Wohnstraßen müssten erreichbar bleiben und Durchgangsverkehr ermöglichen.

Ratsherr Kühn dankt für die Präsentation und begrüßt die Vorlage. Auf seine Nachfrage teilt Stadtbaurat Leuer mit, dass das vorliegende Ergebnis von den Mobilitätsverbänden mitge-

tragen wird. Er betont, dass die Verwaltung sich vorbehält - wie bereits dargelegt - in begründeten Einzelfällen eine abweichende Entscheidung zu treffen.

Protokollnotiz: Ratsherr Bratschke verlässt um 18:18 Uhr die Sitzung.

Ratsherr Pohler teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Vorlage ablehnen wird. Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass mit dem Beschluss über die Qualität der Fahrradstraßen auf eine quantitative Ausweitung gezielt werde. Dies würde auch der MEP mit dem Ziel einer autofreien Innenstadt zeigen und von der CDU-Fraktion nicht mitgetragen. Er sieht darin eine Benachteiligung des Einzelhandels und der Menschen, die auf das Auto angewiesen sind.

Protokollnotiz: Ratsherr Bratschke nimmt ab 18:20 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Mundlos ordnet Stadtbaurat Leuer ein, dass sich die Verwaltung im Kontext der Prioritätenreihung ausschließlich mit den bestehenden Fahrradstraßen befasst.

Ratsfrau Hahn stellt klar, dass mit der Vorlage lediglich Qualitätsstandards beschlossen würden. Die Argumentation, das Auto damit aus der Innenstadt drängen und den Einzelhandel zu schwächen zu wollen, kann sie nicht nachvollziehen. Es stünde Parkraum in den Parkhäusern zur Verfügung, der genutzt werde, da Parkraum vor den jeweiligen Geschäften in der Regel nicht zur Verfügung steht. Diese Vorlage biete auch die Möglichkeit zur Diskussion, dem Auto nicht mehr alles unterzuordnen.

Stadtbaurat Leuer betont, dass die Erreichbarkeit der Innenstadt auch weiterhin gewährleistet ist und Familien auch weiterhin mit dem Auto in die Stadt fahren können, da die Parkhäuser auch in Spitzenzeiten nicht ausgelastet sind. Er betont, dass eine Abwicklung des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) in keiner Weise erfolgen wird. Er appelliert, bei dieser Thematik nicht zu polemisieren.

Die Parkmöglichkeit in Wohnquartieren ist auch weiterhin mit dem Instrument der Bewohnerparkausweise gewährleistet. Stadtbaurat Leuer ist überzeugt, dass gemeinsam Lösungen erarbeitet werden können, die den Radverkehr fördern ohne andere Verkehre so einzuschränken, dass gesellschaftlicher Unfrieden entsteht.

Beschluss:

„Der Qualitätsstandard für Fahrradstraßen und -zonen in Braunschweig (Anlage 1) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag auf Verweisung an VA und Rat:

dafür: 3 dagegen: 7 Enthaltungen: 0

Abstimmungsergebnis zu Vorlage 22-19984:

dafür: 7 dagegen: 3 Enthaltungen: 0

- | | | |
|-------------|---|--------------------|
| 7. | Planung und Ausbau der Straße Alter Weg und der Leiferdestraße | 21-16752-03 |
| 7.1. | Planung und Ausbau der Straße Alter Weg und der Leiferdestraße | 16752-03-01 |
| | Änderungsantrag zur Vorlage 21-16752-03 | |

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage ein. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung aufgrund des Beschlusses dieses Ausschusses nach einer pandemiebedingten online-Bürgerbeteiligung eine erneute Bürgerbeteiligung in Präsenz durchgeführt hat. Im Ergebnis ist es nicht gelungen, die dortigen Anlieger von der Maßnahme zu überzeugen. Die Verwaltung hält dennoch an der Maßnahme fest. Sie wird durch Aussagen von Eltern bestärkt, deren Kinder Kita und Schule dort besuchen und die Notwendigkeit der Maßnahme unterstützen. Sämtliche Argumente sind aus Sicht der Verwaltung ausgetauscht, so dass die Maßnahme entscheidungsreif ist.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler verlässt um 18:32 Uhr die Sitzung.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Mundlos berichtet Stadtbaurat Leuer, dass die Anhörung des Stadtbezirksrats 211 erfolgt ist und dieser sich bereits in seiner Sitzung am 16. Juni 2022 einstimmig gegen die Maßnahme ausgesprochen hat.

Bürgermitglied Dr. Wendeburg begrüßt als Anlieger des Alten Weges die Vorlage der Verwaltung mit Blick auf die Gefahrensituation für die Zufußgehenden, insbesondere der Kinder, die mit dem geplanten Gehweg entschärft wird. Er äußert sein Unverständnis über die Argumentation des Stadtbezirksrats 211, die Belastung der Anliegerinnen und Anlieger durch anfallende Straßenausbaubeiträge über die Sicherheit der Zufußgehenden zu stellen.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler nimmt ab 18:34 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ratsherr Dr. Plinke begrüßt grundsätzlich die geplanten verkehrsberuhigenden Maßnahmen für die Schulwegsicherheit und die Dämpfung des Durchgangsverkehrs mit Blick auch auf das noch nicht fertiggestellte Wohnbaugebiet Stöckheim-Süd. Allerdings will sich die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht über die Entscheidung des Stadtbezirksrats 211 hinwegsetzen und bringt deshalb einen Änderungsvorschlag ein. Ratsherr Dr. Plinke stellt die einzeln abzustimmenden Punkte vor.

Bürgermitglied Dr. Wendeburg stellt bezogen auf seine vorherige Aussage klar, dass im Kontext des Punktes 3 des Änderungsantrages auch der bestehende Fußweg wegen seiner nicht ausreichenden Breite ausgebaut werden muss.

Ratsherr Kühn nimmt für die SPD-Fraktion zum Änderungsantrag Stellung und schlägt zu Punkt 1 vor, die Formulierung „geeignete Markierungen (z.B. Sperrflächen, Baken)“ durch „rückbaubare Elemente“ zu ersetzen. Den Punkten 2 und 5 kann aus seiner Sicht zugestimmt werden. Die Punkte 3 und 4 werde er ablehnen, da die Sicherheit der Kinder im Vordergrund stehen muss.

Die geänderte Formulierung zu Punkt 1 des Änderungsantrages wird vom Antragsteller übernommen.

Die Ausschussvorsitzende stellt zunächst den Änderungsantrag 16752-03-01 in seiner geänderten Fassung und getrennter Abstimmung und im Anschluss die Vorlage 21-16752-03 ergänzt um die geändert beschlossenen ergänzt um die geändert beschlossenen Punkte 1, 2 und 5 des Änderungsantrages 16752-03-01 zur Abstimmung.

Protokollnotiz: Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth unterbricht die Sitzung im Anschluss an die Abstimmung von 18:48 Uhr bis 19:01 Uhr für eine Pause.

Protokollnotiz: Ratsherr Pohler verlässt um 18:48 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsfrau Hahn verlässt um 18:48 Uhr die Sitzung.

Protokollnotiz: Ratsfrau Lerche verlässt um 18:48 Uhr die Sitzung.

Beschluss zu Änderungsantrag 16752-03-01 (geändert):

Der Planung und dem Bau der Straßen Alter Weg und Leiferdestraße entsprechend der Anlage, jedoch mit folgenden Änderungen wird zugestimmt:

1. Die vorgesehenen Gehwegvorsprünge im Bereich der KiTa und der Einmündung Leiferdestraße / Alter Weg sowie die Fahrbahnverengungen im Bereich der Einmündung der K79 und der Einmündung Leiferdestraße / Alter Weg / Am Schiffhorn werden zunächst nur durch ~~geeignete Markierungen (z.B. Sperrflächen, Baken)~~ **rückbaubare Elemente** hergestellt.
2. Die Durchlässigkeit des Alten Weges für landwirtschaftliche Fahrzeuge ist zu gewährleis-

ten.

3. Die Erneuerung des vorhandenen Gehwegs zwischen Alter Platz und Haus Nr. 14D wird zurückgestellt.
4. Die Herstellung des noch nicht vorhandenen Gehwegs zwischen Haus Nr. 14H und Am Schiffhorn wird zurückgestellt. Lediglich die Fläche im Bereich der geplanten Fahrbahnverengung wird hergerichtet.
5. Nach Fertigstellung der neuen „Fischerbrücke“ nach Leiferde und des Neubaugebietes Stöckheim-Süd wird die Situation im Hinblick auf Durchgangsverkehr, Schulwegsicherheit und zukünftige Planungen eines Radschnellweges neu bewertet.

Abstimmungsergebnis zu Änderungsantrag 16752-03-01 (geändert, getrennte Abstimmung):

Punkt 1

dafür: 7 dagegen: 3 Enthaltungen: 0

Punkt 2

dafür: 7 dagegen: 0 Enthaltungen: 3

Punkt 3

dafür: 4 dagegen: 6 Enthaltungen: 0

Punkt 4

dafür: 4 dagegen: 6 Enthaltungen: 0

Punkt 5

dafür: 7 dagegen: 3 Enthaltungen: 0

Beschluss zu Vorlage 21-16752-03 (geändert, ergänzt um die geändert beschlossenen Punkte 1, 2 und 5 des Änderungsantrags 16752-03-01 (hier neue Punkte 1 bis 3)):

Der Planung und dem Bau der Straßen Alter Weg und Leiferdestraße entsprechend der Anlagen wird zugestimmt.

1. Die vorgesehenen Gehwegvorsprünge im Bereich der KiTa und der Einmündung Leiferdestraße / Alter Weg sowie die Fahrbahnverengungen im Bereich der Einmündung der K79 und der Einmündung Leiferdestraße / Alter Weg / Am Schiffhorn werden zunächst nur durch geeignete Markierungen (z.B. Sperrflächen, Baken) **rückbaubare Elemente hergestellt**.
2. Die Durchlässigkeit des Alten Weges für landwirtschaftliche Fahrzeuge ist zu gewährleisten.
3. Nach Fertigstellung der neuen „Fischerbrücke“ nach Leiferde und des Neubaugebietes Stöckheim-Süd wird die Situation im Hinblick auf Durchgangsverkehr, Schulwegsicherheit und zukünftige Planungen eines Radschnellweges neu bewertet.

Abstimmungsergebnis zu Vorlage 21-16752-03 (geändert):

dafür: 7 dagegen: 3 Enthaltungen: 0

3.4. Mobilitätsentwicklungsplan - Sachstand Strategische Hauptnetze 22-20048

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, diese Mitteilung aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungsdauer zur nächsten Sitzung zurückzustellen und lässt hierüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis zum Antrag auf Zurückstellen:

dafür: 7 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Ergebnis zu Vorlage 22-20048:

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

3.5. 22-20165 Statusbericht Radwegewinterdienst 2022/2023

Die Mitteilung wird von der Verwaltung zurückgezogen.

3.3. Informationen zur bevorstehenden Haushaltsbefragung (SrV-Erhebung) 2023 22-20134

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

8. Sechste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) 22-19183

8.1. Sechste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung) 22-19183-01

Ratsherr Dr. Plinke dankt der Verwaltung für die Übernahme der Anregung aus dem Stadtbezirksrat 130 Mitte.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage 22-19183-01 abstimmen.

Beschluss zu Ergänzungsvorlage 22-19183-01:

Die als Anlage 1 beigefügte „Sechste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung)“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis zu Ergänzungsvorlage 22-19183-01 (Empfehlung an VA und Rat):

dafür: 7 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Ideenplattform - "Pfand gehört daneben!" 22-20080

Aus Sicht von Ratsherr Knurr sind leere Pfandringe nicht Beleg gegen, sondern für ihre Nutzung. Er spricht sich deshalb für eine Ablehnung der Vorlage der Verwaltung aus.

Beschluss:

Die erweiterte Aufrüstung der in der Innenstadt aufgestellten Papierkörbe mit Pfandringen sowie die Beachtung der Bedürfnisse der Pfandsammler bei zukünftiger Planung, wird nicht umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 6 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

10. Anfragen

10.1. Bahnübergang Grünewaldstraße - Untersuchung der Varianten 22-20126

10.1.1. Bahnübergang Grünewaldstraße - Untersuchung der Varianten 22-20126-01

Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth erklärt sich Ratsfrau Arning mit der schriftlichen Beantwortung der Anfrage im Nachgang der Sitzung einverstanden.

Stadtbaurat Leuer teilt auf Nachfrage von Ratsfrau Arning mit, dass die Verwaltung diesen Ausschuss informiert, sobald der Termin zur Vorstellung der Untersuchungsergebnisse konkretisiert werden kann.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-20126-01 wird zur Kenntnis genommen.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 19:14 Uhr.

gez. Kluth	gez. Leuer	gez. Herlitschke	gez. Ender
Kluth - Vorsitz -	Leuer - Stadtbaurat -	Herlitschke - Stadtrat -	Ender - Schriftführung -